



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Arbeitsplätze und Nachtruhe für die Region - kein Wortbruch beim Frankfurter Flughafen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Inbetriebnahme der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen im Oktober dieses Jahres. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens sichert und schafft neue Arbeitsplätze und unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung Hessens und darüber hinaus.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Menschen im Rhein-Main-Gebiet in besonderer Weise durch Fluglärm belastet sind. Durch die neue Landebahn Nordwest werden bis zu 250.000 zusätzliche Flugbewegungen im Jahr möglich sein. Deshalb muss die Reduzierung der Lärmbelastung weiter vorangetrieben werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass durch den Wortbruch der Landesregierung beim Nachtflugverbot das Vertrauen in die Politik, einen Ausgleich zwischen der Lebensqualität von Anwohnerinnen und Anwohnern auf der einen und den Wirtschaftsakteuren, insbesondere bei großen Industrie- und Infrastrukturprojekten, auf der anderen Seite herzustellen, nachhaltig geschädigt wurde. Das Vertrauen in einen Interessenausgleich und in Mediationsverfahren wurde gebrochen.
4. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:
 - a) das Mediationsergebnis und das direkt mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens verbundene Versprechen für ein Nachtflugverbot umzusetzen und keinen weiteren Wortbruch gegenüber den Menschen in der Region zu begehen,
 - b) sämtliche Lärmschutzmaßnahmen zügig umzusetzen und die Lärmschutzverordnung zu verschärfen,
 - c) innovative Vorschläge wie transparente und berechenbare Lärmpausen sowie alternierende Abflugrouten in die Diskussion über die neuen Flugrouten einzubringen,
 - d) den Radius zur Lärmermittlung um den Frankfurter Flughafen auszuweiten,
 - e) eine Vernetzung zwischen den Flughafenstandorten Frankfurt/Main und Frankfurt/Hahn anzustreben und die Verlagerung von Flugbewegungen, vor allem im Frachtbereich, zu prüfen,
 - f) die Bundesratsinitiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes für einen besseren nächtlichen Lärmschutz zu unterstützen.

Wiesbaden, 4. Oktober 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel